

Trumps MAGAnomics – Chance für Europa

Josef Braml

Josef Braml, The Trilateral Commission, Berlin

Trumps wirtschaftsfreundliche Vorhaben, wie Steuersenkungen und Deregulierung, werden von den Märkten positiv bewertet und könnten Amerikas Stellung in Industrien wie künstlicher Intelligenz (KI) und Robotik stärken. Es ist jedoch zu befürchten, dass seine Pläne, etwa umfassende Zölle und die Deportation illegaler Einwanderer, die Inflation anheizen könnten. Umso mehr würden Trumps Steuerpläne das Haushaltsdefizit und die Schuldenlast vergrößern, was als Risiko für die langfristige Stabilität der USA gilt. Spannungen mit China könnten internationale Organisationen spalten und Europas international vernetzte Volkswirtschaften massiv beeinträchtigen. Europäische Unternehmen müssen sich auf eine mögliche Deglobalisierung vorbereiten und ihre Lieferketten unabhängiger von China gestalten.

1. Licht und Schatten

Donald Trump wurde als wirtschaftsfreundlicher Präsident gewählt, was von den Märkten positiv aufgenommen wurde (Alden Investment Group, 2024). Die Leitindizes stiegen nach Trumps Wahlsieg stark an. Am Tag der Wahlentscheidung legte der S&P 500 Index um 2,5 % zu, der Dow Jones Industrial Average stieg um 3,6 % und der Nasdaq Composite um fast 3 %. Diese Rallye wurde durch die Überwindung der Wahlunsicherheit und den Optimismus über Trumps vorgeschlagene unternehmensfreundliche Politik angetrieben. Nicht ohne Grund: Bereits in seiner ersten Amtszeit senkte Trump durch den Tax Cuts and Jobs Act (TCJA) von 2017 die Steuersätze für Privatpersonen und Unternehmen, um das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.

Für seine zweite Amtszeit plant Trump, die Unternehmens- und Einkommenssteuersenkungen zu verlängern sowie das Wirtschaftswachstum durch Deregulierung zu fördern (Trump, 2024). Die Unterstützung einiger prominenter Technologieunternehmen dürfte Amerikas Position in Industrien wie künstlicher Intelligenz (KI) und Robotik weiter stärken. Zudem ist eine Erhöhung der Öl- und Gasproduktion vorgesehen, was die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Sektoren steigern und die Energiepreise senken würde.

Kritischere Ökonomen schätzen indes, dass einige von Trumps Plänen die Inflation anheizen könnten (Romei et al., 2025). Die Deportation illegaler Immigranten und strengere Einwanderungsregeln könnten das Wachstum bremsen und die Arbeitskosten erhöhen. Hohe Zölle, Handelskonflikte und die Abkopplung von China könnten ebenfalls die Preise steigen

lassen. Solche Eingriffe in Lieferketten würden die Kosten für Produkte und Dienstleistungen erhöhen, was die Inflation verstärken würde. Die US-Notenbank, die Federal Reserve (kurz Fed), müsste möglicherweise die Zinsen anheben, was die Wirtschaft schwächen und die Staatsverschuldung erhöhen könnte.

2. Zeitbombe: US-Staatsverschuldung

Eine steigende Staatsverschuldung kann wiederum zur Inflation beitragen und langfristige Investitionen beeinträchtigen. Die Einnahmeverluste durch Steuersenkungen könnten zukünftige Haushaltsdefizite erhöhen und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gefährden. Schätzungen zufolge könnten Trumps Steuerpläne das Haushaltsdefizit um bis zu 10 Billionen Dollar über ein Jahrzehnt erhöhen (Robertson, 2024). Dies würde die bestehenden finanziellen Belastungen weiter verschärfen. Das US-Haushaltsdefizit für 2024 hat nach Berechnungen des Congressional Budget Office bereits 1,8 Billionen Dollar erreicht (Congressional Budget Office, 2024). Größere Defizite würden die Zinssätze höher halten als sie es sonst wären.

Die Schulden sind bereits in Trumps erster Amtszeit gestiegen, und seine Unternehmenssteuersenkungen brachten keinen Investitionsboom. Trump wird die Schulden nicht nur durch Steuersenkungen, sondern auch durch vermehrte Militär-Ausgaben erhöhen. Das Congressional Budget Office prognostiziert, dass die Staatsverschuldung bis 2028 auf einen Rekordwert von 106 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und auf 166 % des BIP bis 2054 steigen wird—das 3,5-Fache des 50-jährigen historischen Durchschnitts von 48 %

des BIP (Committee for a Responsible Federal Budget, 2024).

Internationale Investoren behalten ihr Vertrauen in die finanzpolitischen Maßnahmen der USA bei, aufgrund ihrer Position als größte Volkswirtschaft weltweit und als Emittentin der führenden Reservewährung, dem US-Dollar. Sollte jedoch das prognostizierte Wachstum der Defizite eintreten, könnten erhöhte Zinssätze oder eine strengere Haushaltsdisziplin erforderlich werden.

Reduzierte Staatsausgaben würden das Wirtschaftswachstum verlangsamen und Unternehmensgewinne verringern. Das Gewinnwachstum in den USA wird überwiegend von den Gewinnen großer Technologieunternehmen und erheblichen Staatsausgaben beeinflusst (Sharma, 2024). Technologieunternehmen könnten mit weniger staatlicher Unterstützung und dem Druck, die Produktivität von KI-Investitionen nachzuweisen, konfrontiert werden. Scheitern sie, leiden Aktienkurse und US-Wirtschaft.

Der Präsident würde nicht untätig bleiben. Doch Trumps Eingriffe in die Unabhängigkeit der US-Notenbank könnten deren Fähigkeit, auf Krisen zu reagieren, stark beeinträchtigen. Obwohl Trump zugesichert hat, den noch amtierenden Notenbankchef Jerome Powell nicht zu entlassen, strebt er offenbar nach mehr Kontrolle über die Fed. Diese Einmischung könnte langfristig die Zinssätze erhöhen und der Wirtschaft schaden.

3. Kontrolle durch Marktmechanismen?

Optimisten setzen ihre Hoffnung auf Marktmechanismen und die Unabhängigkeit der Federal Reserve als wichtige Kontrollmechanismen. Trump hat seine Wahlversprechen, universelle Zölle auf alle Importe einzuführen, bereits modifiziert, um die Marktunsicherheit zu verringern. Laut den Plänen der Wirtschaftsberater des designierten Präsidenten will dieser zwar weiterhin universelle Zölle einführen, jedoch nur für bestimmte kritische Sektoren (Stein, 2025).

Die vorgeschlagenen Zölle würden sich auf Bereiche konzentrieren, die als entscheidend für die nationale oder wirtschaftliche Sicherheit angesehen werden, wie die Verteidigungsindustrie, medizinische Versorgung und Energieproduktion. Diese Änderung soll verhindern, dass die ursprünglichen Vorhaben politisch unpopulär und störend wirken.

Dennoch könnten auch diese Maßnahmen erhebliche Auswirkungen auf den globalen Handel und die

US-Wirtschaft haben und zu Preissteigerungen für amerikanische Verbraucher und Unternehmen führen (McKibbin, 2024). Trotz der Anpassungen bleiben die Pläne aggressiv und könnten Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder, insbesondere jene Chinas, provozieren.

Viele Beobachter hoffen, dass am Ende nicht so heiß gegessen wird, wie es im Wahlkampf gekocht wurde. Kritik an China war auch früher nicht ungewöhnlich; Bill Clinton etwa wetterte im Wahlkampf gegen das Land, trieb dann aber Chinas Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) voran.

Heute jedoch bereuen viele konservative und liberale Amerikaner diesen Schritt und behaupten, dass gerade diese großzügigen Zugeständnisse zum Aufstieg Chinas beigetragen hätten. China hat andererseits die Marktwirtschaft und politischen Ideale des Westens nicht in der erhofften Weise adaptiert.

4. Auswirkungen auf Amerikas Alliierte

Ironischerweise verfolgen die USA jetzt eine merkantilistische Politik ähnlich wie China, um dessen Wachstum zu bremsen. Der Druck auf Verbündete wird unter der nächsten Trump-Regierung zunehmen, um Chinas Fortschritte in Schlüsseltechnologien zu stoppen. Statt Einbindung setzt Amerika auf wirtschaftliche Entkoppelung, um Chinas technologischen und militärischen Fortschritt zu verlangsamen.

Die Spannungen zwischen den USA und China könnten internationale Organisationen wie die WTO spalten und Länder wie Deutschland, die enge Sicherheitsbeziehungen zu den USA und wirtschaftliche Verbindungen zu beiden Supermächten haben, beeinträchtigen. Besonders im Technologiebereich, wie beim Beispiel 5G und Huawei, könnte der Einflusskampf die USA dazu bringen, ihre Verbündeten zur Wahl zwischen Handelspartnern zu zwingen, was eine Welt mit amerikanischen und chinesischen Standards schaffen könnte.

Der wirtschaftliche Wettbewerb ist Teil der Rivalität zwischen den Staaten geworden. Geoökonomische Instrumente nehmen eine zunehmende Bedeutung in internationalen Konflikten ein. Insbesondere die USA und China nutzen ihre Marktstärke für geostrategische Zwecke. Wirtschaft ist nicht nur das Ziel, sondern wird als Mittel für geostrategische Zwecke eingesetzt. Die Vereinigten Staaten setzen wirtschaftliche Hebel ein, um Chinas Fortschritte zu bremsen.

5. Wirtschaft als Waffe

Es ist absehbar, dass auch die zweite Trump-Administration weiterhin Daten-, Handels-, Energie- und Finanzströme manipulieren wird, insbesondere durch den Einsatz von (Sekundär-)Sanktionen. Das Spiel der Kräfte auf sogenannten freien Märkten tritt noch mehr in den Hintergrund und wird von den USA nur solange akzeptiert, wie es dem politischen Ziel geostrategischer Dominanz dient. Dies wäre eine Abkehr vom modernen Prinzip des freien Marktes und der Win-Win-Philosophie hin zu einem merkantilistischen Denken einer Nullsummenlogik, bei der ein Vorteil für eine Partei einen Nachteil für eine andere bedeutet.

Europäische Unternehmen mit internationaler Ausrichtung sind zunehmend von den geoökonomischen Strategien der USA und China betroffen. Insbesondere Deutschland, als eine der am stärksten global verflochtenen Volkswirtschaften, könnte durch eine mögliche Deglobalisierung erhebliche Auswirkungen spüren. Während deutsche Unternehmen bisher von der Globalisierung profitieren konnten, könnten sie im Zuge eines sino-amerikanischen Machtkampfes und daraus resultierenden protektionistischen Maßnahmen auch Verluste erleiden.

6. Deglobalisierung und Resilienz

Europäische Unternehmen müssen sich auf eine mögliche Deglobalisierung einstellen und ihre Lieferketten unabhängiger von China gestalten, um widerstandsfähiger zu werden. Unternehmen in den Vereinigten Staaten und Europa stehen vor der Aufgabe, ihre Effizienz zugunsten von mehr Resilienz zu überdenken. Mit Begriffen wie *Nearshoring*, *Reshoring* oder *Friend Shoring* richten sie ihre Strategien darauf, Produktionsketten aus China zurückzuverlegen. Auch europäische Unternehmen, die auf lokale Lieferketten setzen und nur für den asiatischen Markt produzieren, könnten betroffen sein, wenn der Wettbewerb zwischen China und den USA eskaliert und die USA (Sekundär-)Sanktionen verhängen.

Bereits in der ersten Amtsperiode von Donald Trump setzten die USA europäische Unternehmen, die mit dem Iran Handel trieben, wirtschaftlich unter Druck. Dies könnte ein Modell für Washingtons Strategie im Umgang mit anderen missbilligten Regimen sein. Zum Scheitern verurteilt waren die Bemühungen der europäischen Regierungen, durch die am 29. Januar 2019 ins Leben gerufene INSTEX (Instrument in Support of Trade Exchanges), die Sanktionen zu umgehen und den Zahlungsverkehr mit dem Iran aufrecht zu erhalten. Europa konnte sich gegen den geoökonomischen Druck der USA

nicht behaupten, da auch die europäischen Unternehmen erkannten, dass der größere Markt nicht im Iran, sondern in den USA lag. Um in den USA Geschäfte zu tätigen oder Transaktionen über den Dollar abzuwickeln, müssen sich Unternehmen noch immer den politischen Realitäten der US-Wirtschafts- und Militärmacht stellen.

7. Vorboten eines Wirtschaftskrieges

Nur wenige der westlichen Medien haben bemerkt, dass sich ein umfassender Wirtschaftskonflikt zwischen den USA und China abzeichnet: Mit der Unterzeichnung des CHIPS Act am 9. August 2022 hat US-Präsident Joe Biden Maßnahmen ergriffen, um den Export fortgeschrittener Halbleiter mit US-Technologie nach China zu beschränken (Luce, 2022). Chinas Führung weiß, dass das Land modernste Chip-Technologie braucht, um wirtschaftlich weiter aufzusteigen und Hightech-Produkte zu erstellen.

Der Tech-Wettstreit ist zentral im chinesisch-amerikanischen Konflikt. Hochmoderne Chiptechnologien sind entscheidend für zukünftige wirtschaftliche und militärische Dominanz. Neue Technologien wie KI, Robotik, Big Data, Biotechnologie, 3D-Druck und das Internet der Dinge (Internet of Things, IoT) treiben das Wirtschaftswachstum und die militärische Stärke an und benötigen alle fortschrittliche Halbleiter.

8. Taiwan im Zentrum des Konflikts

Taiwan steht aufgrund seiner fortschrittlichen Halbleitertechnologien und seiner strategischen geografischen Lage im Zentrum des Wettbewerbs zwischen China und den USA. Im Gegensatz zu Wirtschaftssanktionen ist Taiwan ein Thema, bei dem Peking keine Bereitschaft zeigt, Zugeständnisse zu machen (Braml & Burrows, 2023).

In den USA glaubt man, dass China wegen seiner Wirtschaftskrise Konflikte vermeiden will. Allerdings könnte Xi Jinping nationalistische Rhetorik nutzen, um von Problemen abzulenken. Einige Mitglieder der chinesischen Elite sind der Ansicht, dass eine Blockade oder eine Krise wie die Kubakrise die USA dazu veranlassen könnte, die Interessen Chinas ernster zu nehmen.

Da Asien als die Zukunft der USA gilt und das politische Klima zunehmend anti-chinesisch ist, muss jede US-Regierung Taiwans Unabhängigkeit unterstützen. Die Republikaner warfen der Biden-Regierung vor, gegenüber China zu nachgiebig zu sein, obwohl sie Trumps wirtschaftliche Beschränkungen verschärft hat und Präsident Biden mehrfach betonte, dass die USA Taiwan verteidigen würden.

Während des letzten Präsidentschaftswahlkampfes antwortete Trump ausweichend auf die Frage, ob er Taiwan verteidigen würde, mit den Worten: „Taiwan sollte uns für die Verteidigung bezahlen“ (Tang, 2024). Er verglich die Situation mit einer Versicherung. Diese Verlagerung des Schwerpunkts auf Handelsgespräche könnte von Peking als weniger problematisch angesehen werden als die Diskussionen über Taiwan.

Peking scheint zuversichtlich zu sein, eine mögliche zweite Trump-Präsidentschaft zu bewältigen. Außenminister Marco Rubio ist zwar ein China-Falke, unterscheidet sich aber von seinem Amtsvorgänger in der ersten Trump-Regierung, Mike Pompeo, dadurch, dass er ein Realist ist, der Chinas Errungenschaften anerkennt und keinen Regimewechsel anstrebt. Rubio will einen härteren Wettbewerb der USA mit China. Eine Verringerung des US-Handelsdefizits, wie sie am Ende von Trumps vorheriger Amtszeit zu beobachten war, könnte dazu beitragen, Zölle zu vermeiden, die eine Inflation riskieren. Dies würde von China verlangen, seine Käufe aus den Vereinigten Staaten zu erhöhen, ohne sich jedoch einer Regierung gegenüberzusetzen, die sich strikt gegen die Herrschaft von Chinas Kommunistischer Partei stellt.

Xi Jinping zielt wie Trump darauf ab, militärische Konflikte zu vermeiden und gleichzeitig wirtschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Dennoch ist die chinesische Führung besorgt über Washingtons Rhetorik und die Unberechenbarkeit der US-Politik. Zusätzlich zu möglichen Zöllen oder einer Entkopplung könnten die Vereinigten Staaten die Spannungen mit Peking erhöhen, indem sie andere Regierungen, insbesondere in Europa, unter Druck setzen, um chinesische Exporte einzudämmen.

9. Europas Selbstverteidigung

Da China als wirtschaftlicher und militärischer Rivale zu den USA aufgestiegen ist und die USA sich verstärkt nach Asien orientieren, sollte Europa darauf hinarbeiten, sich selbst verteidigen zu können. Unter Oberbefehlshaber Trump ist die NATO und das Schutzversprechen der USA gegenüber Europa nicht mehr viel wert. Die Europäer müssen umso mehr für ihre eigene Sicherheit investieren. Sie werden mehr für ihre Landesverteidigung gegen ein revanchistisches Russland und den Wiederaufbau der Ukraine ausgeben müssen.

Doch es geht nicht darum, die 2 % oder die von Trump geforderten 5 % des BIP für amerikanische Militärgüter auszugeben (Ramaswamy, 2025). Dies wäre so wenig nachhaltig wie Schutzgeldzahlungen. Stattdessen sollten die Europäer eigene militärische Fähigkeiten entwickeln,

sowohl konventionelle als auch nukleare, um Erpressungsversuchen durch die USA oder Russland vorzubeugen.

Dafür sind umfassende Investitionen notwendig. In Zeiten knapper Budgets könnte jede Umverteilung von Sozialausgaben zur Verteidigung oder Ukrainehilfe extremistische Parteien stärken, die bereits von der politischen Unfähigkeit profitieren, dringende Probleme zu lösen. Durch gemeinsame Schulden könnte Europa vielmehr gestärkt und die Ukraine wiederaufgebaut werden. Anstatt ihre Reserven zur Unterstützung der US-Wirtschaft zu nutzen, könnten europäische Länder und Investoren in den Euro, Sicherheitsfähigkeiten, digitale Infrastruktur und Zukunftstechnologien investieren, um sich im globalen Wettbewerb zu behaupten.

10. Euro-Bonds: Risikodiversifizierung für Anleger

Ein tiefer, liquider Markt für sichere EU-Anleihen kann internationalen Anlegern eine Diversifizierungsalternative bieten, angesichts der hohen US-Staatsverschuldung. Sie könnten ihr Geld in europäische Bonds statt in US-Staatsanleihen investieren, da die finanzielle Situation in den USA zunehmend unhaltbar wird.

Investoren, die an US-Staatsanleihen festhalten, riskieren viel. Die Lehren aus der Finanzkrise 2007/2008 wurden offenbar nicht vollständig umgesetzt. Unabhängig von politischer Couleur werden die Amerikaner weiterhin über ihre Verhältnisse leben, wirtschaften und rüsten. Soziale Sicherungssysteme stehen unter finanziellem Druck durch demografische Veränderungen. Die Ausgaben zur Rüstung gegen China sind ebenso kreditfinanziert.

Es ist mittlerweile fraglich, ob die USA ihre Schulden je werden zurückzahlen können. Dafür müssten sie ein enormes, selbst tragendes Wirtschaftswachstum generieren, das nicht mehr durch weiteres Schuldenmachen getrieben wird. Oder die USA könnten sich ihrer exorbitanten Schulden durch eine ebenso exorbitante Inflation und Abwertung ihrer Währung entledigen. Die USA stecken jedoch in einem Dilemma: Einerseits ist ihnen daran gelegen, durch lockere Geldpolitik Inflation zu begünstigen und ihre Währung zu schwächen, um Schulden loszuwerden und Vorteile beim Export zu erwirken. Andererseits stößt diese Strategie an ihre Grenzen, wenn internationale Marktteilnehmer beginnen, an der Stabilität der Währung zu zweifeln.

Die zunehmende Schuldenlast in den USA war bisher unproblematisch, solange Lieferanten ihre Einnahmen dort reinvestierten. Sollte jedoch das Vertrauen

in die US-Wirtschaft sinken und Investoren ihr Geld anderswo anlegen, könnten der Dollar und die Wirtschaft unter Druck geraten.

China arbeitet daran, den Dollar als Weltleitwährung abzulösen, während Europa keine Anstrengungen unternimmt, den Euro zu einer globalen Leitwährung zu machen. Obwohl der Anteil des Euro an den weltweiten Währungsreserven steigt, fehlen Initiativen für geoökonomische Machtstrategien.

Europäische Staaten und institutionelle Anleger sollten ihre Kapitalreserven besser in den Euro sowie die wirtschaftliche und militärische Stärkung Europas investieren, statt die US-Verschuldung zu finanzieren. Dies würde Europa im geoökonomischen Wettkampf stärken. Ein starker Euro bietet der EU wirtschaftliche Handlungsfähigkeit und ermöglicht eine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik.

11. Europas Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit

Die Europäische Union ist anfällig für „Teile und beherrsche“-Strategien, insbesondere von China und den USA. Um dies zu ändern und ihre globale Handlungsfähigkeit zu stärken, sollte die EU in der Außen- und Sicherheitspolitik von Einstimmigkeit auf qualifizierte Mehrheitsentscheidungen umstellen.

Angesichts geoökonomischer und geopolitischer Risiken bietet nur die europäische Gemeinschaft die Marktmacht und Handlungsmöglichkeiten, damit die europäischen Länder unabhängig bleiben können. Begriffe wie *strategische Unabhängigkeit* und *Autonomie* verdecken jedoch die fehlende Entscheidungs- und Handlungskompetenz der EU, die notwendig ist, um sich an die neue Weltordnung anzupassen.

Referenzen

- Alden Investment Group. (2024). Donald Trump's Election Victory: The Stock Market's Response and Economic Outlook. *Advisorhub*. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://www.advisorhub.com/resources/donald-trumps-election-victory-the-stock-markets-response-and-economic-outlook/>.
- Braml, J. & Burrows, M. (2023). *Die Traumwandler. Wie China und die USA in einen neuen Weltkrieg schlittern*. München: C.H.Beck.
- Committee for a Responsible Federal Budget. (2024). *Analysis of CBO's March 2024 Long-Term Budget Outlook*. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://www.crb.org/papers/analysis-cbos-march-2024-long-term-budget-outlook>.
- Congressional Budget Office. (2024). *Monthly Budget Review: September 2024*. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://www.cbo.gov/publication/60730>.
- Luce, E. (2022). Containing China Is Biden's Explicit Goal. *Financial Times*. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://www.ft.com/content/398f0d4e-906e-479b-a9a7-e4023c298f39>.
- McKibbin, W. J., Hogan, M. & Noland, M. (2024). The International Economic Implications of a Second Trump Presidency. *Peterson Institute for International Economics Working Paper*, 24-20.
- Ramaswamy, S. V. (2025). Trump Says NATO Countries Are 'Taking Advantage' And Should Contribute 5 % of GDP. *USA Today News*. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://eu.usatoday.com/story/news/politics/elections/2025/01/07/nato-5-percent-gdp-defense-trump/77514412007/>.
- Robertson, L. (2024). Trump's Agenda: Taxes. *Factcheck*. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://www.factcheck.org/2024/12/trumps-agenda-taxes/>.
- Romei, V., Fleming, S., Smith, C. & Storbeck, O. (2025). Donald Trump's 'Maganomics' Will Damage Growth, Economists Tell FT Polls. *Financial Times*. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://www.ft.com/content/d6f58952-a0ad-4db2-ac70-2b8f075c7ada?shareType=nongift>.
- Sharma, R. (2024). How 'the Mother of All Bubbles' Will Pop. *Financial Times*. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://www.ft.com/content/9a0da0d6-92b4-4034-ac25-7b4abcb0bbe?shareType=nongift>.
- Stein, J. (2025). Trump Aides Ready 'Universal' Tariff Plans – With One Key Change. *Washington Post*. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://www.washingtonpost.com/business/2025/01/06/trump-tariff-economy-trade/>.
- Tang, D. (2024). Trump Says Taiwan Should Pay More for Defense and Dodges Questions If He Would Defend the Island. *Associated Press*. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://apnews.com/article/trump-taiwan-chips-invasion-china-910e7a94b19248fc75e5d1ab6b0a34d8>.
- Trump, D. (2024). Make America Great Again. *Wahlkampf-Plattform*. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://www.donald-jtrump.com/platform>.

Trump's MAGAnomics – Europe's Opportunity

Trump's pro-business plans, such as tax cuts and deregulation, are viewed positively by markets and could strengthen America's position in industries such as artificial intelligence (AI) and robotics. However, it is to be feared that his plans, such as comprehensive tariffs and the deportation of undocumented immigrants, could fuel inflation. All the more, Trump's tax plans would increase the budget deficit and public debt, which is considered a risk to the long-term stability of the United States. Tensions with China could divide international organizations and massively affect Europe's internationally networked economies. European companies must prepare for possible de-globalization and make their supply chains less dependent on China.

© Der/die Autor:in 2025. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).